



### Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Umwelt und Energie**  
Sitzungsort : **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**  
Sitzungstag : **Mittwoch, 13.11.2019**  
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**  
Sitzungsende : **21:35 Uhr**

#### Vorsitz

Frau Marita Brormann

#### Teilnehmer

Herr Norbert Austrup  
Herr Peter Haferkemper  
Herr Peter Hellweg als Vertreter für Herrn Opitz  
Frau Hiltrud Krause  
Herr Thomas Lange  
Frau Elisabeth Meinders-Koeper  
Frau Maria Mittelbach  
Frau Anna Gertrud Nordhus  
Herr Uwe Opitz ab 19:11 Uhr von Herrn Hellweg vertreten  
Herr Holger Post  
Herr Peter Sonneborn  
Herr Siegfried Uthmann  
Herr Steffen Vollenkemper  
Herr Martin Wilke  
Herr Michael Zummersch

#### Verwaltung

Herr Reinhold Becker  
Frau Stefanie Gröne  
Herr Jürgen Kingma  
Herr Andreas Langer

Herr André Leson  
Frau Jessika Sprenkelder  
Herr Norbert Tigges

**Schriftführerin**

Frau Lea Austermann

**Gäste**

Herr Daniel Recker

Stadtwerke Ostmünsterland

-

Herr Hubert Kobrink  
Herr Bonito Kohaus  
Herr Wolf-Rüdiger Soldat

als Vertreter für Herrn Hellweg

**es fehlten entschuldigt:**

**Teilnehmer**

Herr Ludger Lücke  
Herr Holger Schramm  
Herr Wolfgang Sibbing

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1.	Bestellung einer Schriftführerin Vorlage: B 2019/610/4402	
2.	Befangenheitserklärungen	
3.	Niederschrift über die Sitzung vom 08.05.2019	
4.	Umrüstung bestehender Straßenbeleuchtung auf LED Vorlage: B 2019/661/4392	
5.	Sachstandsbericht Eichenprozessionsspinner Vorlage: B 2019/610/4404	
6.	Baumzustandsbericht Vorlage: M 2019/610/4405	
7.	Bericht der Klimamanagerin Vorlage: M 2019/610/4403	
8.	Einführung eines kostenlosen ÖPNV im Stadtgebiet; Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2019 Vorlage: B 2019/320/4409	
9.	Antrag der CDU-Fraktion auf Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen Vorlage: B 2019/011/4425	
10.	Antrag Bündnis 90/ Die Grünen: Klimavorbehalt für Oelde Vorlage: B 2019/610/4406	
11.	Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Reduzierung von Plastikmüll Vorlage: M 2019/610/4407	
12.	Verlegung des Schadstoffsammeltages Vorlage: M 2019/661/4395	
13.	Vorstellung der 7. Fortschreibung des Energieberichtes der Stadt Oelde für das Jahr 2018 Vorlage: M 2019/012/4374	
14.	Beschlussempfehlung zur Beschaffung von Ökostrom für den Lieferzeitraum 2021 -2023 Vorlage: B 2019/012/4393	
15.	Verschiedenes	
15.1.	Mitteilungen der Verwaltung	
15.2.	Anfragen an die Verwaltung	

Die Ausschussvorsitzende Frau Brommann begrüßt alle Anwesenden. Frau Brommann stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Dann eröffnet die Vorsitzende die Sitzung.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Bestellung einer Schriftführerin Vorlage: B 2019/610/4402**

Frau Brommann teilt mit, dass gem. § 52 GO (Gemeindeordnung) und der Geschäftsordnung des Rates bzw. seiner Ausschüsse über die gefassten Beschlüsse Niederschriften aufzunehmen sind. Hierfür sind Schriftführer/Schriftführerinnen vom Rat bzw. den Ausschüssen zu bestellen.

Die Verwaltung schlägt vor, Frau Lea Austermann zur Schriftführerin zu bestellen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie bestellt Frau Lea Austermann einstimmig zur Schriftführerin.

### **2. Befangenheitserklärungen**

Es werden keine Befangenheitserklärungen abgegeben.

### **3. Niederschrift über die Sitzung vom 08.05.2019**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2018 zur Kenntnis.

### **4. Umrüstung bestehender Straßenbeleuchtung auf LED Vorlage: B 2019/661/4392**

Frau Brommann teilt mit, dass die SPD-Fraktion Oelde mit Antrag vom 02.12.2018 eine Umrüstung von bestehenden Straßenleuchten auf LED Technik in Bereichen von Straßeneinmündungen und Kreuzungen und von stärker frequentierten Wegen von Grundschulen und Kindergärten gefordert hat. Hierzu wurde eine nächtliche Befahrung durchgeführt. Eine Liste möglicher Maßnahmen wurde übergeben. Der Rat der Stadt Oelde hat im Haushaltsplan hierfür 100.000 € zur Verfügung gestellt.

Die geplanten Maßnahmen werden von Herrn Kingma aus dem Fachdienst Tiefbau und Umwelt und von Herrn Recker von den Stadtwerken Ostmünsterland (SO) vorgestellt. Die Stadtwerke Ostmünsterland

haben die Maßnahmenliste auf Machbarkeit technisch untersucht und mit Kosten belegt. In einem ersten Schritt können an 19 von vorgeschlagenen 40 Maßnahmen 106 Lampenköpfe gegen LED - Beleuchtung ausgetauscht werden. Hierzu sind keine anderen technischen Veränderungen oder tiefbautechnische Maßnahmen notwendig. Die Kosten hierfür betragen rund 63.600 €. Diese Maßnahmen können sehr zeitnah beginnen und teilweise auch noch in 2019 abgeschlossen werden.

Hinzu kommen zwei Maßnahmen im Bereich der Overbergschule einschließlich Parkplatz sowie eine Maßnahme in der Eichendorffstraße, Fußweg (Schulweg) zur Lambertus-Schule. Für diese zwei Maßnahmen belaufen sich die Kosten einschließlich Leitungsverlegung in offener Bauweise auf rund 32.500 €. Der Restbetrag in Höhe von 3.900 € ist für unvorhersehbare Arbeiten angesetzt.

Mit diesen 19 oben genannten Maßnahmen ist der Haushaltsansatz für 2019 von 100.000 € erschöpft. Die Maßnahmen wurden so priorisiert, dass mit diesem Kostenansatz eine möglichst großflächige und zeitnahe Verbesserung erfolgen kann.

Die noch ausstehenden Maßnahmen der Liste können bei entsprechender Bereitstellung weiterer Haushaltsmittel für die kommenden Jahre weiterbearbeitet werden. Hierbei handelt es sich um Einzelmaßnahmen mit tiefbautechnischen Arbeiten, die die SO kapazitätsbedingt bislang noch nicht kalkulieren konnte.

Auf Basis dieser Kalkulation müssten die Kostenansätze dann in den Finanzplan der kommenden Jahre eingestellt werden.

Frau Brommann bedankt sich für die Erläuterung.

Es folgt eine Wortmeldung von Herrn Zummersch. Zunächst richtet er seinen Dank an Herrn Rodriguez, der eine nächtliche Befahrung der Straßenleuchten durchgeführt habe. Herr Zummersch betont, dass die SPD das Ziel der Umrüstung von bestehenden Straßenleuchten auf LED Technik weiter unterstützen möchte und bittet um Geldeinstellung für die Realisierung der Maßnahme an der Schulstraße in Stromberg. Zudem fragt er, wann mit dem Start der Maßnahme gerechnet werden könne.

Herr Recker informiert, dass der Start der Maßnahme an eine Mindestlieferzeit für die LED-Leuchten von 6-12 Wochen gebunden sei.

Herr Soldat merkt an, dass die FWG nicht gegen eine LED Beleuchtung sei, aber dass auch an andere Schulwege wie der Weg am Drostenhof oder die Bultstraße an der Gesamtschule gedacht werden müsse.

Herr Recker wendet ein, dass mit der Verwaltung anhand der Prioritätenliste festgelegt wurde, an welchen Stellen die Lampenköpfe gegen LED ausgetauscht werden sollten.

Herr Soldat erkundigt sich, ob die Umrüstung an den auserwählten Standorten mit Erdarbeiten verbunden seien und ob Straßen ergänzt werden könnten.

Es wird noch einmal klargestellt, dass nur die Maßnahmen an der Overbergschule und an der Eichendorffstraße mit Kabellegungsarbeiten verbunden sind. Alle weiteren Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden sollen, können ohne Tiefbauarbeiten in Angriff genommen werden. Herr Leson ergänzt, dass es natürlich jederzeit möglich sei, die Liste um weitere Straßen zu ergänzen. Diese seien nicht abschließend.

Herr Sonneborn bittet um eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen und bemerkt, dass er in der vorgestellten Maßnahmenliste keine Straße in Lette gefunden habe.

Herr Recker antwortet, dass bei der im Jahr 2018 begonnenen Umrüstung der Leuchten im Bereich der Ortsdurchfahrten auch vorgesehen sei, die Hauptstraße in Lette auf LED-Technik umzubauen. Man habe aber zunächst in der Oelder Kernstadt im Bereich zwischen Kreisverkehr am A2-Gebiet und Einfahrt Warendorfer Straße mit den Maßnahmen begonnen. Die Ortsteile werden sich dann sukzessive anschließen.

Herr Sonneborn weist daraufhin, dass man sich hinsichtlich der Maßnahmennummer 32 einigen müsse, welcher Straßenabschnitt (der Abschnitt an dem Heilig Kreuz Kindergarten oder an der Speckenstraße) umgerüstet werden solle. Darüber hinaus sei es erforderlich den Sankt Lambertus Kindergarten mit zu übernehmen.

Herr Austrup merkt an, dass noch nicht alle Schul- und Kindergartenwege ausgeleuchtet seien und möchte dazu die Sicht der Verwaltung erfahren.

Herr Leson erläutert, dass die Tiefbaumaßnahmen kalkuliert werden müssten und dass die Kosten bis dahin noch nicht einschätzbar seien. Eine Ergänzung oder Erweiterung der Liste sei jederzeit möglich.

Herr Recker ergänzt, dass sich die Kosten nur maßnahmenscharf ergeben könnten. Diese Kalkulation würde jedoch noch Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Leson betont, dass heute noch keine Kosten genannt werden könnten.

Herr Austrup entgegnet, dass eine gewisse Summe im Haushalt 2020 eingestellt werden müsse.

Herr Leson teilt mit, dass ohnehin in jedem Jahr eine Pauschale von 50.000 € in den Haushalt eingestellt werde. Für das Jahr 2019 seien dann einmalig aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion weitere 100.000 € etatisiert worden. Er könne nur empfehlen, auch in den kommenden Jahren wieder entsprechende Mittel vorzusehen, um die Umrüstung auf LED-Technik weiter fortzusetzen. Letztlich sei es aber Aufgabe der Politik, darüber zu befinden.

Herr Kobrink möchte wissen, an wen man sich als Bürger wenden könne, wenn dem Anwohner auffalle, dass die Straße nicht ausreichend ausgeleuchtet sei.

Herr Recker erörtert, dass es eine Störmeldeapp gebe und dass sich die Bürger auch auf der Homepage der Stadtwerke Ostmünsterland melden könnten.

Herr Leson ergänzt, dass sich die Bürger natürlich auch jederzeit an die Verwaltung wenden könnten, falls sie Anregungen zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung haben.

Herr Leson stellt klar, dass die Behebung einer defekten Lampe und die geplante Nachrüstung von Leuchten auch haushalterisch zwei verschiedene Themen seien.

Herr Recker spricht die nur eingeschränkte mögliche Reduzierung des Stromverbrauchs durch LED Leuchten an.

Herr Leson erklärt, es gäbe keine Möglichkeit Fördergelder für die Umrüstung auf LED Technik zu bekommen, da die allermeisten Lampen in Oelde bereits heute mit Energiesparlampen ausgerüstet seien und der Einsatz von LED keine wesentliche Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparung bringen würde. Allerdings bringen LED-Lampen eine wesentlich höhere Lichtausbeute.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie beschließt die Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik.

## 5. Sachstandsbericht Eichenprozessionsspinner Vorlage: B 2019/610/4404

Herr Becker trägt den Sachstandsbericht Eichenprozessionsspinner vor.

Er erklärt, dass bereits im Jahr 2018 die Städte und Gemeinden im Norden des Kreises Warendorf unter heftigem Befall durch den EPS in Eichenbeständen zu leiden hatten. Bei einem Verbreitungskorridor von ca. 30 km pro Jahr war zu erwarten, dass sich der intensive Befall in diesem Jahr auch in Oelde ereignen würde.

Daher wurde im Vorfeld Kontakt zu einer Fachfirma für Schädlingsbekämpfung aus einer benachbarten Stadt aufgenommen, um die potentiellen Problembereiche an Kindertagesstätten, Schulen und sonstigen intensiv genutzten öffentlichen Flächen zu begutachten. So konnte im Bedarfsfall schnell und ohne Orientierungsphase gehandelt werden. Zusätzlich wurden im Vorfeld entsprechende Schilder beschafft, um zunächst auf einen EPS-Befall hinweisen zu können, da man davon ausgehen musste, dass nicht alle befallenen Stellen zeitgleich bearbeitet werden können.

Als sich der erwartete Befall einstellte konnte umgehend gehandelt werden. Die Beseitigung der Nester stellte sich jedoch als sehr aufwendig dar, weil sich befallene Bereiche meist in Baumkronen befanden und nur mit einem Hubsteiger erreichbar waren. Für die Beseitigung müssen ein Schutzanzug, Handschuhe und Atemmaske getragen werden, um sich vor den Brenn- und Nesselhaaren zu schützen; bei Temperaturen von anhaltend über 30 Grad eine körperlich äußerst anstrengende Tätigkeit für die nicht jeder gesundheitlich geeignet ist. Zur Beseitigung der Schädlinge müssen die Nester zunächst mit einer Zuckerlösung besprüht werden, um die feinen Haare zu fixieren. Anschließend werden die Nester mit einem speziellen Staubsauger abgesaugt. Dabei darf der Saugschlauch nicht zu lang sein, weil sonst die erforderliche Saugleistung nicht ausreicht. Die gefüllten Saugerbeutel müssen schließlich einer speziellen Entsorgung zugeführt werden. Insgesamt stellt sich die Bekämpfung des EPS als eine ziemlich aufwendige Aufgabe dar.

Für die EPS- Bekämpfung wurden in diesem Jahr insgesamt ca. 37.000 € aufgewendet.

Aus Kapazitätsgründen wurden zunächst die sensiblen Bereiche bearbeitet, anschließend auch andere Stellen im Stadtgebiet. Für eine flächendeckende Bekämpfung reichten die personellen und materiellen Möglichkeiten nicht aus.

Es gibt zudem Stellen im Stadtgebiet, die unzugänglich und nicht mit den erforderlichen Gerätschaften erreichbar sind. Dort stehen Eichen auf städtischen Flächen in unmittelbarer Nähe zu den angrenzenden Grundstücken und überragen diese zum Teil. Viele Anwohner reagieren sehr sensibel auf die Brennhaare des EPS und mussten z.T. stationär behandelt werden. Vor diesem Hintergrund fanden Ortstermine mit Anliegern statt, um zu klären, wie die Beeinträchtigung beseitigt werden könnte.

Unter Einbeziehung von Fachleuten konnte jedoch keine Lösung für das Problem gefunden werden. Als einziger Ausweg wurde die Beseitigung großer, alter Eichen gesehen.

Einige Anlieger haben daher eine Petition an die Verwaltung und den Umweltausschuss gerichtet, mit der Bitte das Problem durch Beseitigung der betroffenen Bäume zu beseitigen, um ihrem Anspruch auf gesunde Lebensverhältnisse gerecht zu werden.

Herr Becker legt den Ausblick dar, indem er mitteilt, dass sofern sich eine ähnliche Witterung wie in den beiden vergangenen Jahren einstellt (milder Winter und trockene, warme Witterung zu Jahresbeginn) mit einem noch intensiveren Befall als in diesem Jahr zu rechnen ist.

Unter anderem der Kreis Warendorf und die Stadt Ennigerloh haben in diesem Jahr versucht das Problem durch Begasung / Benebelung der potentiell befallenen Baumkronen mit einem natürlichen ‚Häutungshemmer‘ (*Bacillus thuringensis*) zu lösen. Das Mittel wird bereits im Frühjahr mit schwerem Gerät und mit Hochdruckpumpen ausgebracht und soll den Entwicklungszyklus der Raupe unterbrechen und beenden, ist aber für den menschlichen Organismus völlig unschädlich. Das Ergebnis war jedoch so negativ, so dass dieses Verfahren nicht mehr zum Einsatz kommen wird.

Zwischenzeitlich wurden Lösungen beobachtet und entwickelt, bei denen man sich die Natur zunutze gemacht hat.

Ein Hersteller hat vor kurzem eine EPS- Falle entwickelt und sich diese patentieren lassen. Das Prinzip ist denkbar einfach: die Falle wird ringförmig um den Baumstamm bzw. Ast gelegt oder angebracht und ist mit einem Beutel / Schlauch versehen. Die Raupe des EPS wird durch ein in dem Beutel befindliches Lockmittel angezogen und kann den Beutel aufgrund einer speziellen Beschichtung nicht mehr verlassen und ist darin gefangen. Die Beutel werden regelmäßig kontrolliert und ausgetauscht. Die Entsorgung erfolgt in gleicher Weise wie die Beutel der Staubsauger. Das Verfahren ist in seiner Handhabung sehr aufwendig aber bestimmt dort geeignet, wo keine anderen Lösungen gefunden werden können.

Als natürliche Fressfeinde der EPS-Raupen ist von den Fachleuten und Personen, die sich intensiv mit deren Bekämpfung befasst haben, die Meise erkannt worden. Diese Vogelart hat scheinbar diese Raupe auf ihren Speiseplan gestellt, so dass durch das vermehrte Aufstellen von Nistkästen die natürlichen Feinde des EPS gestärkt werden können. Das Anbringen von Nistkästen ist einfach zu handhaben und jeder kann durch diese Aktionen selbst zum Artenschutz und zur Schädlingsbekämpfung beitragen.

Neben den externen Kräften zur Bekämpfung des EPS soll zukünftig auch eigenes Personal für diese Aufgabe geschult und eingesetzt werden, um flexibel auf Befallsszenarien reagieren zu können. Dazu gehört neben einem Gesundheitscheck für das Personal auch die Ausstattung mit den erforderlichen technischen Maschinen und Geräten.

Herr Becker betont, dass auch zukünftig mit einem starken Befall gerechnet werden muss und Bekämpfungsszenarien eintreten. Da es sich dabei um ein flächendeckendes Problem handelt, werden zukünftig vermutlich weitere Bekämpfungsmethoden entwickelt werden, siehe aktuelle Entwicklung. Bevor nun große, alte Eichen gefällt werden, sollten die neuen und die bereits bekannten Möglichkeiten der Bekämpfung eingesetzt werden, um das Problem zu lösen. Wenn auch sehr aufwendig, sollte an den unzugänglichen Bereichen die Lösung mit den Hormonfallen zum Einsatz kommen und deren Wirkung und Tauglichkeit beobachtet werden. Durch zusätzliches Anbringen von Nistkästen kann sowohl die Verwaltung als auch die Bürgerschaft zur Bekämpfung des EPS beitragen.

Als besonders stark betroffene Stadtgebiete nennt er die Stettiner und Danziger Straße in Oelde, welche er zudem als sehr schlecht für Spezialfahrzeuge zugängliche Bereiche herausstellt. Die Saugschläuche zur Bekämpfung des EPS seien nicht auf die Höhe des Baumes ausgelegt. Hinzu käme, dass Menschen unterschiedlich auf die Haare des EPS reagierten. Er gibt zu verstehen, dass es für die Stadt Oelde eine schwierige Situation sei, dass den betroffenen Anwohnern nicht geholfen werden könne. Zusätzlich schlägt er als natürliche Bekämpfungsmethode den vermehrten Einsatz von Nistkästen für Meisen vor. Er erklärt, dass die Freckenhorster Werkstätten auf Anfrage der Stadt Oelde einen solchen Nistkasten gebaut hätten und dass die Stadt 250 Stück für Kosten in Höhe von 15 € pro Stück bestellt habe, um sie nächstes Jahr im Frühjahr verbreitet im ganzen Stadtgebiet aufzuhängen. Darüber hinaus überlege die Stadt den Bürgern Nistkästen anzubieten, die sie dann über die Stadt erwerben können. Herr Becker betont, dass sich der Baubetriebshof auf stark befallene Bereiche konzentriert habe und berichtigt die Kosten auf rund 27.000 € im Jahr 2019. Des Weiteren erklärt er, dass ab dem nächsten Jahr eine Zusammenarbeit der Schädlingsbekämpfer und der Baumkletterer stattfinde. Ab diesen Herbst könnten auch Baumkletterer den Befall beseitigen, was im Frühjahr noch nicht möglich gewesen wäre.

Herr Becker stellt klar, dass die Bürger nicht alleine gelassen werden könnten.

Die Stadt Oelde wolle ab jetzt verstärkt tätig werden und mit dem Rückschnitt der Eichen diesen Herbst und Winter beginnen. Damit solle die Situation vor Ort erheblich verbessert werden.

Frau Brommann bedankt sich für den ausführlichen Bericht bei Herrn Becker und teilt mit, dass sie mit den Anwohnern der Stettiner und Danziger Straße gesprochen habe und alles Erdenkliche getan werden solle, um den EPS einzudämmen.

Herr Uthmann erkundigt sich, wie viel Geld für die Maßnahme benötigt werde.

Herr Becker antwortet, dass die zur Verfügung gestellten Mittel ausreichend sein müssten.



Herr Soldat fragt, ob die Anwohner der Stettiner Straße und Danziger Straße die einzigen seien, die sich gemeldet hätten.

Herr Becker berichtet, dass sich auch Bürger aus anderen Stadtbereichen beschwert hätten, aber diese Gebiete wären im Gegensatz zu der Stettiner Straße und der Danziger Straße für die Spezialfahrzeuge zur Bekämpfung zugänglich gewesen. Er erwähnt, dass auch der Sürlandweg und die Joseph-Cardijn-Straße sehr stark von dem Befall betroffen gewesen wären, aber in diesem Gebiet keine Beschwerden entstanden seien. Im Rückblick auf die geplanten Maßnahmen für die 2020 müsse dann entschieden werden, wie weiter mit den unzugänglichen Bäumen umgegangen werden soll. Eine Fällung zum jetzigen Zeitpunkt halte die Verwaltung für nicht angemessen.

Herr Soldat möchte wissen, ob nach einem  $\frac{3}{4}$  Jahr zu äußersten Mitteln gegriffen werden müsse.

Frau Brommann wendet ein, dass man dies dann sehen werde.

Herr Wilke spricht sich dafür aus, dass die Stadt alles versuche, um Fallen und Nistkästen einzusetzen und eine Fällung vermieden werden solle. Er fragt, wie viel eine Falle koste und wie lange ein Lockmittelstoff halte.

Herr Becker legt dar, dass der Preis mit dem Stammumfang zusammenhängen würde und sich der Preis somit zwischen 30 und 90 € befinde. Die Pads mit dem Lockmittel müssten alle 4-5 Wochen ausgetauscht werden. Dies sei für die Stadt jedoch alles Neuland und der Erfolg könne nicht zu 100% garantiert werden.

Frau Brommann stimmt der Aussage von Herrn Becker zu.

Frau Nordhues erkundigt sich nach vorbeugenden Maßnahmen.

Herr Becker informiert, dass die Maßnahmen erst getroffen werden könnten, wenn der Befall schon da sei und weist daraufhin, dass die Raupen des EPS bei den manuellen Verfahren nicht getötet werden, da sie sich danach im Schlauch befänden.

Frau Nordhues kritisiert, dass diese Durchführung privat nicht machbar sei.

Herr Becker entgegnet, dass jeder sich im Internet eine solche Falle beschaffen könne.

Herr Soldat wendet ein, dass die Menschen wichtiger seien als die Kosten.

Herr Kobrink fragt nach, wann der Befall beginne.

Herr Becker unterrichtet ihn darüber, dass der Spinner mehrere Phasen durchlaufe und dass der Prozess schon im Herbst starten würde, wenn der Falter seine Eier wieder in den Bäumen abgelegt.

Herr Kobrink fordert, dass ein massiver Rückschnitt der Eichen vorgenommen werden müsse, da die Bekämpfung schwieriger sei. Er belegt seine Aussage anhand eines Beispiels im Bereich des Westrings. Er bekräftigt, dass der Rückschnitt schon im Herbst beginnen müsse.

Herr Becker wendet ein, dass ein flächendeckender Rückschnitt der Eichen in der Stadt nicht machbar sei.

Herr Kobrink konkretisiert, dass man eine Fachfirma beauftragen müsse.

Herr Becker erörtert, dass die Durchführung des Rückschnittes auch mit der Witterung zusammenhänge. Bei einem trockenen Sommer sei der Rückschnitt schwer.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie spricht sich **einstimmig** gegen die Fällung von Eichen und für den Einsatz von alternativen Methoden (wie z.B. Baumkletterer, Hormonfallen und Meisenkästen) der Bekämpfung aus.

**6. Baumzustandsbericht**  
**Vorlage: M 2019/610/4405**

Herr Becker thematisiert zu Beginn seines Vortrags, dass die beiden vergangenen Sommer vielen Baumarten stark zugesetzt haben.

Niederschlagsmangel, anhaltende Trockenheit und dauerhaft hohe Temperaturen haben nicht nur die natürlichen Versorgungsressourcen extrem verschlechtert, sondern auch Schädlingskulturen stark gefördert.

Die regionalen Fichtenbestände sind durch den Borkenkäfer nahezu vollständig vernichtet worden. Durch die enorme Vermehrungsquote der Borkenkäfer droht nunmehr auch der Befall anderer Nadelholzarten wie z.B. Douglasie.

Bei den Laubholzarten sind besonders Buchen und Birken von den extremen Witterungsbedingungen der beiden vergangenen Sommer betroffen.

Birken, als ausgeprägte Flachwurzler, haben große Probleme ihren Wasserbedarf zu decken, da sie mit ihren Wurzeln nicht mehr bis in wasserführende Bodenbereiche wurzeln können und damit einer Oberbodenaustrocknung schutzlos ausgeliefert sind.

Buchen sind ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. Ähnlich wie in den Jahren nach dem sehr trockenen Sommer 2003 wird man erst in 3-5 Jahren das genaue Ausmaß der entstandenen Baumschäden erkennen können. Selbst bei einem extrem feuchten Sommer 2020 werden viele Bäume starke Schäden zeigen oder ganz absterben, weil sie die Spätfolgen der 2jährigen Wasserunterversorgung nicht kompensieren konnten.

Besonders stark hat sich die Trockenheit bei dem Altbuchenbestand im Gassbachtal gezeigt. Aufgrund der Hanglage und des felsigen Untergrundes waren die Buchen auf ausreichende Wasserversorgung angewiesen. Noch im Frühjahr war ein Blattaustrieb der Baumkronen zu erkennen und ließ die Hoffnung wachsen, dass die Buchen die Trockenheit in 2018 vielleicht überstanden hätten. Als jedoch Ende des Frühjahrs / Anfang Frühsommer die Niederschläge ausblieben war zu erkennen, dass die oberen Partien der Baumkronen nicht ausreichend mit Wasser versorgt werden konnten und abzusterben begannen. In der Folge bildete sich bereits nach kurzer Zeit Totholz und stellte eine erhebliche Gefahr für die Nutzung als Naherholungsbereich dar. Es kam zu Astbrüchen in Form von Sprödungsbrüchen aufgrund des Wassermangels und damit einhergehendem Schwund der Elastizität in den unterversorgten Baumpartien.

Aufgrund der brisanten Situation im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht wurde gemeinsam mit den zuständigen Behörden, der betroffene Bereich ist Bestandteil des Naturschutzgebietes Gassbachtal, beschlossen den Altbuchenbestand zu entfernen.

Im Zuge der Fällarbeiten wurde deutlich in welchem schlechtem und gefährlichen Zustand sich die Buchen befanden. Die Fällarbeiten waren z.T. mit hohem Risiko verbunden, weil manche Buchen bereits im Fallen nicht kalkulierbare Reaktionen zeigten und zerbrachen. Die verwertbaren Buchenstämme mussten unmittelbar nach dem Fällen mit 'S- Eisen' gegen ein Aufspalten des Stammes gesichert werden. Ohne diese Sicherheitsmaßnahmen hätte sich ein gesamter Stamm binnen kürzester Zeit längs in mehrere Teile aufgespalten und wäre nicht mehr marktgerecht zu verwerten gewesen. Allein diese Tatsache zeigt, welche extreme Situation im gesamten oberirdischen Teil eines Baumes durch extremen Wassermangel entsteht.

Wo liegen die Lösungen für die Zukunft?

Welche Baumarten sind geeignet, um unter den sich wandelnden Bedingungen bestehen zu können?  
Aufforstung oder Natur-Verjüngung?

Eine allgemeingültige Antwort auf diese Fragen gibt es nicht. Die Experten raten zu Pflanzungen von Mischwald, um das Risiko, welches mit Monokulturen verbunden ist, zu streuen.

Dort, wo bereits Naturverjüngung vorhanden ist, soll dieser Vorrang vor einer Aufforstung gegeben werden, da sich die Jungpflanzen bereits an ihrem Standort etabliert haben und ihr Wachstum an die aktuellen Gegebenheiten anpassen.

Aufforstungen (als Mischkulturen) dort, wo gewährleistet ist, dass eine ausreichende, dauerhafte Bewässerung sichergestellt werden kann und nur in Verbindung mit genügendem Schutz gegen Verbiss- und Fegeschäden.

In der Hanglage des Gassbachtals existiert bereits ein Unterbewuchs als Naturverjüngung der sich durch die schrittweise Entnahme von alten, abgängigen Buchen in den vergangenen Jahren entwickeln konnte. Außerdem wäre eine Aufforstung aufgrund örtlicher Gegebenheiten nur sehr schwierig und aufwendig zu unterhalten.

Im Bereich der gerodeten Waldfläche im Bereich der Parkplatzanlage Gassbachtal kann eine Mischwoldaufforstung erfolgen. Hier können die erforderlichen Unterhaltungs- und Pflegearbeiten in ausreichendem Umfang durchgeführt werden.

Bäume im Zeichen des Klimawandels, das ist und bleibt ein spannendes Thema und wird uns noch lange beschäftigen.

Herr Becker teilt mit, dass in vielen Kommunen bereits Wassersäcke für Flachwurzler eingesetzt werden würden und dass die Stadt Oelde im Jahr 2020 die Wassersäcke ausprobieren wolle. Der Sack gebe Wasser dosiert an die Flachwurzler ab.

Herr Becker formuliert den Ausblick für die Zukunft. Er geht auf die Wiederaufforstung ein und erklärt im Rahmen dessen, dass Mischkulturen sich besser eignen würden als Monokulturen. In Bezug auf die gefälltten Bäume im Gassbachtal verkündet er, dass die Nachpflanzung sich aufgrund des felsigen Untergrundes schwieriger gestalten werde. Eine Naturverjüngung käme mit dem Standort am besten zurecht, wohingegen eine Nachpflanzung erst gewässert werden und dann regelmäßige unterhalten werden müsse.

Frau Brormann stellt fest, dass dies keine guten Nachrichten seien und am Anfang schon mitgeteilt worden wäre, wie viele Bäume haben gefällt werden müssen.

Sie bedankt sich für den ausführlichen Vortrag bei Herrn Becker.

Herr Zummersch merkt an, wie dramatisch die Entfernung der Bäume in Stromberg sei und bekundet sein Interesse an dem Zustand der Bäume stadtweit. Er argumentiert, dass trotz der Aufforstung zu wenig getan werde und fragt nach einer Haushaltsstelle für die Bäume. Zudem betont er, dass es auch optisch auffalle, dass Oelde an Grün verliere und Gelder in einer Haushaltstelle eingesetzt werden sollten, damit Oelde so grün bleibe wie bisher. Herr Zummersch möchte wissen, was die Stadt Oelde plane.

Herr Becker bekräftigt, dass er sich freuen würde, wenn eine Haushaltsstelle dafür eingerichtet werde und erläutert, dass das Holz der gefälltten Bäume in Stromberg schwierig zu vermarkten sei. Die Aufforstung solle im nächsten Frühjahr stattfinden.

Zudem sollten Stellen ausgekundschaftet werden, um sukzessiv Bäume an anderen Standorten zu pflanzen. Als Beispiel nennt er den Weg zwischen den Unternehmen Skantherm und Zurbrüggen. Hier könne man eine kleine Allee entstehen lassen und eine Kompensierung der Finanzmittel erreichen.

Herr Vollenkemper hakt nach, was die finanzielle Kompensierung bedeute.

Herr Becker antwortet, dass unter der finanziellen Kompensierung die Unterhaltung der Bäume unter Berücksichtigung der Baumgröße verstanden werde.

Während sich die Höhe der finanziellen Mittel bei normaler Baumgröße anhand des Stammumfanges berechnen lasse, könnten sich kleinere Bäume besser aklimatisieren. Bei der Bewässerung gebe es verschiedene Möglichkeiten. Diese Aussage untermalt Herr Becker mit einem Beispiel: Er geht auf die Begrünung an Gebäuden ein und erklärt, dass die „grüne“ Infrastruktur regelmäßig unterhalten werden müsse.

Herr Vollenkemper erfragt die konkrete Zahl der Unterhaltung.

Herr Becker konkretisiert, dass je nach Baumart sich die Kosten zwischen 100-150 € pro Baum belaufen würden.

Herr Kobrink betont, dass die CDU die Wiederaufforstung unterstütze. Er möchte wissen, woher das Wasser für die Bewässerung der Bäume genommen werden solle.

Herr Becker informiert, dass das Wasser für die Bewässerung aus dem Tiefenbrunnen der ehemaligen Kläranlage entnommen werde. Mithilfe eines Drainagerohrs werde dann das Wasser gezielt an die Wurzeln gebracht.

Herr Soldat fordert eine Haushaltsberatung im Finanzausschuss für die Aufforstung. Die sofortige Bereitstellung finanzieller Mittel sei kontraproduktiv mit den Mitteln, mit denen die Stadt haushalten müsse.

Herr Becker gibt zu bedenken, dass die Wiederaufforstung aufgrund des finanziellen Engpasses auf der Strecke bleiben würde. Er betont, dass der finanzielle Aspekt der politischen Entscheidung obliege.

Herr Leson ergänzt, dass schon heute neue Bäume für die gefälltten Bäume nachgepflanzt werden würden und gibt zu bedenken, dass jeder neu gepflanzte Baum auch unterhalten werden müsse. Ohne eine entsprechende Bewässerung in den Sommermonaten werde der Baum ansonsten nicht überleben.

Frau Krause kritisiert, dass die Nachpflanzung immer ein Defizit gewesen wäre und bittet um Nennung der konkreten finanziellen Summe, da die Politiker in Hinblick auf den finanziellen Aspekt keine Spezialisten seien. Sie befürchtet, dass das Klimakonzept scheitere, wenn keine Maßnahme getroffen werde.

Herr Becker unterstützt die Aussage von Herrn Leson und weist daraufhin, dass es diese Summe schon gebe.

Frau Krause entgegnet, dass eine adäquate Summe gefordert sei.

Herr Uthmann schlägt vor, dass 30 Bäume vom Umweltausschuss gestiftet werden sollten und dass die Baumschutzsatzung wiedereingeführt werden solle, da man gute Erfahrungen mit ihr gemacht habe.

Herr Haferkemper äußert seine Bitte um Ersatzpflanzen, die die kaputten und gefälltten Bäume ersetzen sollten und fordert die Einstellung von finanziellen Mitteln.

Herr Leson legt noch einmal dar, dass er die Folgen zu bedenken geben möchte. Er verdeutlicht, dass zur Finanzierung der Bewässerung zu den Unterhaltungskosten auch Personalkosten hinzukommen würden.

Frau Brormann erläutert, dass der Ausschuss von der Verwaltung einen Vorschlag über bereit zu stellenden finanzielle Mittel erwarte.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt Kenntnis.

**7. Bericht der Klimamanagerin  
Vorlage: M 2019/610/4403**

Frau Gröne berichtet über durchgeführte und geplante Klimaschutzmaßnahmen sowie über eine Einschätzung über die Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Oelde bis 2020.

Frau Brommann richtet ihren Dank an Frau Gröne und betont, dass Frau Gröne vieles erreicht und vorangebracht habe. In Bezug auf die Bereiche Fördergelder, Einsparung von Energie und CO<sub>2</sub> gebe es viel zu tun, an dem man weiter am Ball bleiben müsse. Frau Brommann erkundigt sich, ob es Fragen an Frau Gröne gebe.

Herr Sonneborn möchte wissen, ob es für die Energieträger von Privathäusern eine Energieeinschätzung für Kamine und Pelletheizungen in Form von Anhaltzahlen gebe.

Frau Gröne verdeutlicht, dass die Zahlen von den Stadtwerken Ostmünsterland kämen und es nicht genau möglich sei die errechnete verbrauchte Wärme von Holzpellets auf den Energieträger zurückzuführen. Sie kündigt an zusammen mit der Kreisverwaltung die genauen Zahlen zu ermitteln.

Herr Austrup erkundigt sich, wo man die genauen Zahlen nachfragen könne.

Herr Haferkemper wendet ein, dass man mithilfe einer Software, auf die Postleitzahl bezogen, den Energieverbrauch zahlenmäßig in Erfahrung bringen könne.

Herr Soldat kritisiert, dass an Markttagen viele Fahrräder nicht in den dafür markierten Bereich abgestellt werden und schlägt vor mehr Fahrradstellplätze im Marktbereich zu errichten.

Frau Gröne informiert, dass die Stadt prüfen werde, wo Fahrradstellplätze fehlten. Sie weist daraufhin, dass es bereits eine Haushaltstelle dafür gebe und merkt an, dass der Vorschlag der Politiker gerne angenommen werde.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**8. Einführung eines kostenlosen ÖPNV im Stadtgebiet; Antrag der CDU-Fraktion vom  
27.05.2019  
Vorlage: B 2019/320/4409**

Herr Tigges trägt vor, dass die CDU-Fraktion mit Antrag vom 27.05.2019 beantragt hat, die Möglichkeit eines kostenlosen ÖPNV im gesamten Stadtgebiet zu prüfen. Das Projekt wird als Maßnahme des Klimaschutzes sowie zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Oelde gesehen.

Der ÖPNV in der Stadt Oelde setzt sich derzeit aus örtlichen und überörtlichen Linien zusammen. Überörtliche Linien sind die Linien R75 (Ennigerloh/Münster) und R76 (Beckum). Die Kosten für diese Linien werden vom Kreis Warendorf getragen.

Daneben gibt es die örtlichen Linien, die in erster Linie die Ortsteile mit dem Bahnhof verbinden (473, 474) sowie die Linie 475, die überwiegend der Schülerbeförderung dient. Die Linie 471 bindet die nördlichen Stadtteile an den Bahnhof an. Dazu kommen Taxibusse an Wochenenden und in Randbereichen. Eine Besonderheit liegt darin, dass durch abgestimmte Fahrzeitlegen nicht nur eine Anbindung an die Bahn gegeben ist, sondern auch die Fahrzeuge optimiert und kostensparend eingesetzt werden, weil sie z.B. nach der Fahrt von Stromberg nach Oelde als Linie 474 die Linie 471 durch den Oelder Norden bedienen. Diese Linien werden von der RVM betrieben; die Kosten werden von der Stadt Oelde im Rahmen eines Defizitausgleichs an die RVM gezahlt.

Zwei weitere Linien nach Ostenfelde und Warendorf (375) sowie nach Lette und Clarholz (374) werden von der Fa. Kottenstedte eigenwirtschaftlich, das heißt auf eigene Kosten betrieben.

Die Gesamtkosten für die örtlichen Linien liegen derzeit bei rd. 500.000,- € jährlich. Dem stehen folgende Einnahmen gegenüber:

Einnahmen aus allg. Ticketverkauf	rd. 45.000,- €
Einnahmen aus Schulwegtickets	rd. 132.000,- €
Einnahmen aus Zuschüssen nach dem ÖPNV Gesetz sowie SGB IX	<u>rd. 33.000,- €</u>
gesamt	<u>rd. 210.000,- €</u>

Das verbleibende Defizit in Höhe von rd. 290.000,- € wird von der Stadt Oelde getragen.

Die Einführung einer kostenlosen Nutzung unter Beibehaltung des derzeitigen Angebotes würde die nachfolgenden finanziellen und rechtlichen Folgen haben.

Zunächst würde die Bareinnahme von jährlich rd. 45.000,- € aus dem Verkauf von Jedermanntickets, Abos und Funtickets entfallen.

Es müssten Regelungen mit dem Kreis Warendorf bzgl. der überörtlichen Linien R75 und R76 getroffen werden.

Mit der Fa. Kottenstedte, die die Linien 374 (Lette/Clarholz) und 375 (Ostenfelde/Warendorf) eigenwirtschaftlich betreibt, müssten Verhandlungen bzgl. möglicher Ausgleichszahlungen erfolgen. Eine konkrete Höhe kann noch nicht genau beziffert werden, dürfte aber oberhalb von 20.000,- € liegen. Hier ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass der finanzielle Ausgleich von Einnahmeverlusten – bei dem es sich letztlich um eine Sicherstellung von Gewinn handelt – beihilferechtliche Relevanz haben könnte. Mit diesem Thema ist derzeit auch der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland befasst. Der Zweckverband, in dem auch der Kreis Warendorf vertreten ist, hat mit der Klärung dieser Thematik einen Gutachter beauftragt. Das Gutachten bezieht sich auf ein sogenanntes „365-Euro-Abo“ für ein Jahr und dürfte die gleiche rechtliche Fragestellung behandeln. Es ist davon auszugehen, dass dieses Gutachten bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vorliegt.

Hinsichtlich des Schülerverkehrs wäre mit der Bezirksregierung zu klären, ob die Ausgleichszahlungen des Landes in Höhe von derzeit ca. 33.000,- € weiterhin gezahlt würden. Daneben ist zu erwarten, dass die vorhandenen Buskapazitäten nicht ausreichend sein werden, da derzeit nahezu ausschließlich Schüler befördert werden, die aufgrund der Entfernung des Wohnsitzes zur Schule einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung haben. Bei einem gänzlich kostenlosen Schülerverkehr dürften sich jahreszeitlich und witterungsbedingt erheblich höhere Nutzerzahlen ergeben, da dann auch viele den Bus nutzen würden, die derzeit keinen Anspruch auf kostenlose Beförderung haben. Zusätzliche Kapazitäten würden zu erheblichen Mehrkosten führen, da eine Erweiterung in diesen Spitzenzeiten zu Mehrbedarf an Fahrzeugen und Personal führen würde. In 2008 sind im Rahmen des Projektes „ein Sitzplatz für jeden Schüler“ Kosten in Höhe von rd. 300.000,- € jährlich für ca. 5 zusätzliche Busse im Schülerverkehr entstanden.

Am 10.07.2019 wurde seitens der Verwaltung ein erstes Informationsgespräch mit Vertretern der RVM Regionalverkehr Münsterland GmbH in Lüdinghausen geführt. Es wurden dort die grundsätzlichen Aspekte dieses Vorhabens diskutiert. Seitens der RVM werden flankierende Maßnahmen wie z.B. eine Ausweitung des Angebotes oder/und eine Verdichtung des Fahrtenaktes dringend empfohlen, um das Mobilitätsverhalten nachhaltig zu beeinflussen und den gewünschten Effekt zu erzielen. Als Beispiel wurde dort die Stadt Monheim genannt, in der ein derartiges Projekt derzeit umgesetzt wird.

Die Stadt Monheim hat auf Basis eines Gutachtens eines Planungsbüros zunächst intensive Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes vorgenommen. Ziel war es, die Arbeitsplätze in den Gewerbegebieten für Pendler attraktiv anzubinden, durch eine Verkürzung von Taktzeiten eine verbesserte Verknüpfung der einzelnen Linien und die Optimierung der Anbindung an die Schiene zu erreichen. Zur weiteren Steigerung der Attraktivität wurden auch im Freizeitbereich Ausweitungen des Angebotes vorgenommen. Dadurch sollte der Anteil des motorisierten Individualverkehrs reduziert werden. Insgesamt wurden zusätzlich rd. 730.000 Fahrkilometer beauftragt, wofür Mehraufwand von bis zu 2,1 Mio. € jährlich kalkuliert wurden. Nach 2 Jahren wurde dann in 2019 in einem zweiten Schritt die Entscheidung getroffen, ab Sommer 2020 den ÖPNV-kostenfrei anzubieten. Hierfür wird eine jährliche Mehrbelastung von 2,5 bis 3 Mio. € kalkuliert. Das Projekt ist auf Dauer angelegt und soll nach einer dreijährigen Testphase evaluiert werden.

Auf Oelde bezogen könnte eine Taktverdichtung auf den Ortsteillinien, eine Anbindung der Gewerbegebiete sowie ein besseres Angebot an den Wochenenden sinnvoll sein. Allerdings dürften sich die Mehrkosten bei Ausweitung des Angebotes nicht linear, sondern wegen der Verflechtung der örtlichen Linien sprunghaft entwickeln, da dann die Bedienung mehrerer Linien durch ein Fahrzeug nicht mehr möglich ist.

Zur Unterstützung/ Gegenfinanzierung sollte auch über eine Anhebung der Parkgebühren und ggf. Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nachgedacht werden.

Hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung ist zu beachten, dass neben den Gesprächen mit Betreiberfirmen, der Bezirksregierung und dem Kreis auch die Gremien der RVM sowie der Tarifgemeinschaft zu beteiligen sind.

Alternativ regt die RVM an, auch über rabattierte Abotickets, z.B. ein Jahresticket für 365,- € oder ähnliches zu erwägen. Die Idee dieses 365-Euro-Abos hat wie oben dargestellt auch der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland aufgegriffen, der eine münsterlandweite Geltung im Rahmen des Westfalentarifes prüft.

Finanziell vergleichsweise überschaubar, wenn auch im Vorfeld nicht abschließend zu kalkulieren, sind die Kosten für die im Antrag „abgespeckt“ genannten Varianten wie kostenloses Fahren an Samstagen oder an Markttagen.

Wenn eine Takterweiterung außer Betracht bleiben soll, wäre für die Markttage mit Einnahmeausfällen von ca. 20.000 € aus dem Ticketverkauf zu rechnen.

Etwas anders stellt sich die Situation an den Samstagen dar. Hier besteht nur ein eingeschränktes Angebot am Vormittag bzw. frühen Nachmittag, das nur auf Anforderung mit einem Taxi-Bus bedient wird. Die Kosten belaufen sich derzeit auf rd. 9.000,- € jährlich. Da die derzeitige Nutzung sehr gering ist, sind die entfallenden Einnahmen fast zu vernachlässigen. Unterstellt man eine um 50% höhere Anforderungsquote dürften sich die Kosten auf ca. 15.000 bis 20.000 Euro belaufen, da je nach Anzahl der anfordernden Personen unterschiedlich große Fahrzeuge eingesetzt werden müssen.

Frau Brommann bedankt sich und erwähnt, dass aus dem Vortrag von Herrn Tigges die Problematik, die sich dahinter verberge deutlich werde.

Herr Kohaus bemängelt, dass das Angebot derzeit noch nicht ausreichend sei.

Herr Kobrink regt an, die Anbindung zu AUREA miteinzubeziehen.

Herr Tigges erläutert, dass die Firma Amazon in Bezug auf AUREA mit der Stadt Kontakt aufgenommen habe, es aber noch keine konkreten Termine für die weitere Planung gebe.

Herr Zummersch äußert, dass die finanzielle Summe im aktuellen Haushalt nicht zu finden sei und eine größere Summe erforderlich wäre. Die Tickets sollten seines Erachtens Freitickets sein. Es gebe zu gewissen Zeiten keine Buskapazitäten, daher sei die SPD hinsichtlich der Grundidee nicht abgeneigt, aber aufgrund der finanziellen Summe, finde der Vorschlag der CDU keine Zustimmung der SPD.

Herr Soldat teilt mit, dass er den Vorschlag der Einführung des kostenlosen ÖPNV gut finde, aber betont auch, dass die Dinge erst abgeklärt werden müssten. Die finanziellen Mittel sollte man daher mit Sperrvermerk in den Haushalt stellen.

Zudem könne man versuchen am Wochenende eine bessere Taktung zu erzielen und über das Ergebnis nochmal diskutieren.

Herr Vollenkemper bekräftigt, dass die Einführung eines kostenlosen ÖPNV nicht die Lösung sei. Die Problematik sehe er eher in der Anbindung. Als Beispiel nennt er die Busverbindung nach St.Vit. Dort sei man laut Herrn Vollenkemper mindestens zwei Stunden unterwegs und zudem höre nach Oelde jede Buslinie auf. Demnach bräuchte es landesweite Ansätze, die darauf zielen eine bessere Nutzung der Linie zu ermöglichen.

Herr Sonneborn erklärt, dass der Defizitausgleich dazu verpflichte, den ÖPNV abseits des Schülerverkehrs vorzuhalten.

Herr Tigges entgegnet, dass ihm nichts bekannt sei, dass die Stadt gesetzlich dazu zwingt die Buslinien vorhalten zu müssen.

Herr Sonneborn kommentiert, dass er sich Herrn Soldat und Herrn Vollenkemper anschließe und die Sache weiterverfolgt und ausgebaut werden müsse.

Er schlägt vor eine Durchführung des kostenlosen ÖPNV an Eventtagen zu testen.

Herr Zummersch appelliert ebenfalls daran, die Sache weiterzuverfolgen und Mittel in den Haushalt zu stellen.

Frau Krause bemerkt, dass auch die Anbindung nach Bielefeld von der Taktung der Züge und der Busse betroffen sei. Sie kritisiert, dass die Busverbindung zwischen Oelde und Stromberg eine  $\frac{3}{4}$  Stunde Wartezeit mit sich bringe, bis der nächste Bus käme.

Herr Tigges führt aus, dass eine optimale Anbindung in beide Richtungen zu doppeltem Buseinsatz führe.

Frau Krause betont, dass es sich bei der Strecke zwischen Beckum und Ahlen nur um ein paar Minuten handeln würde.

Herr Tigges verspricht dies zu überprüfen.

Herr Haferkemper spricht an, dass einige Punkte aufgegriffen werden könnten und dass an Feiertagen der Bedarf steige. Er erklärt, dass er eine verstärkte Parkraum-bewirtschaftung und höhere Parkgebühren befürworten würden.

Herr Sonneborn teilt mit, den Vorschlag für Herrn Soldat zu folgen und die Linien zu optimieren. Insbesondere die Anbindung zwischen Warendorf, Oelde und Stromberg müsse verbessert werden. Als Beispiel nennt er den Schulweg von Stromberg zum Paul-Spiegel-Berufskolleg in Warendorf.



Herr Zumersch bittet den Antrag der CDU im Finanzausschuss abzustimmen, um die finanzielle Summe festzulegen.

Frau Meinders bekräftigt, dass die Intention des Vorhabens darin bestehen müsse, dass die Leute vom PKW auf den Bus umsteigen müssten und der ÖPNV nicht kostenlos werden dürfe.

Herr Leson erläutert, dass ein kostenloser ÖPNV bei einer weiterhin schlechten Taktung nicht zum gewünschten Ziel führen werde und es aufgrund der erforderlichen Vorgespräche seiner Meinung nach ausreichend sei, die finanziellen Mittel erst nächstes Jahr für 2021 in den Haushalt aufzunehmen.

Herr Tigges bestätigt, dass es noch viel Gesprächsbedarf geben werde.

Frau Brommann schildert, dass im Rahmen der Attraktivierung des ÖPNV verschiedene Maßnahmen auf dem Weg gebracht werden müssten. Oberstes Ziel sei es das Klima zu schützen und in diesem Kontext den ÖPNV weiter zu unterhalten und nach vorne zu bringen.

Herr Austrup erklärt, dass hinsichtlich der Attraktivierung auf den Klimaschutz eingegangen werde. Der ÖPNV müsse mehr in das Oelder Bewusstsein gerückt werden. Das Ziel müsse es sein den Individualverkehr zurückzudrängen. Man könne zum Beispiel für den Weihnachtsmarkt ein Busticket für 2€ anbieten. Ein ähnliches vergünstigtes Ticket gebe es bereits für die Karnevalsveranstaltungen in Sünninghausen. Er bittet darum Gelder in den Haushalt zu stellen. Es müsse zielgerecht in die Zukunft geschaut und die Taktung verbessert werden. Er betont, dass die CDU mit ihrem Antrag eine Stoßrichtung vorgeben wolle.

Herr Soldat erwidert, dass man bei dem CDU Antrag so vorgehen solle, wie es die Verwaltung vorgebe.

Frau Brommann fragt Herrn Soldat, ob er damit meine, dass man einen festen Betrag einstellen müsse.

Herr Soldat bejaht dies.

Herr Austrup wirft ein, dass der Busverkehr weiter attraktiv gestaltet werden müsse.

Herr Leson bittet darum das Thema in den Finanzausschuss zu verschieben, um dort über eine Summe zu diskutieren.

Herr Haferkemper stimmt Herrn Leson zu.

Herr Sonneborn ist der Auffassung, die Festlegung der finanziellen Mittel in den Finanzausschuss zu verlegen aber den Sachverhalt im Umweltausschuss abzustimmen.

Frau Bormann schlägt vor, die Attraktivierung und Weiterführung des ÖPNV in der Sitzung abzustimmen.

Herr Sonneborn antwortet, dass er dafür um Zustimmung bittet.

Frau Krause erwidert, dass die Bezeichnung „kostenlos“ erstmal herausgenommen werden solle.

Herr Sonneborn gibt zu verstehen, dass ohne weitgehende Prüfung die Summe nicht eingestellt werden könne. Man müsse den Vorschlag prüfen und anstoßen und eine Attraktivitätssteigerung veranlassen.

Herr Leson erläutert, dass man für den Beschlussvorschlag einen Prüfauftrag festlegen könne und betont, dass es jederzeit möglich sei finanzielle Anträge an den Finanzausschuss zu stellen.

**Beschluss:**

Nach den erforderlichen Gesprächen mit allen Beteiligten sollen Vorschläge von Maßnahmen zur Attraktivierung und Optimierung des ÖPNV im Stadtgebiet ausgearbeitet werden. Hierbei sollen auch flankierende Öffentlichkeitsmaßnahmen berücksichtigt werden. Der finanzielle Rahmen soll durch Antragstellung im Finanzausschuss festgelegt werden. Die Vorstellung der Ergebnisse wird in einem Jahr im Umweltausschuss erfolgen.

## **9. Antrag der CDU-Fraktion auf Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen** **Vorlage: B 2019/011/4425**

Frau Brommann bittet die CDU ihren Antrag vorzustellen. Daraufhin präsentiert Herr Austrup den Antrag der CDU-Fraktion auf die Umsetzung konkreter Maßnahmen, die dem Klimaschutz vor Ort dienen sollen. Es soll vor Ort ein Klimaschutz entstehen, der nicht durch Verbote oder in der Praxis schwer umsetzbarer Klimavorbehalte gekennzeichnet ist, sondern durch die Realisierung von sinnvollen aktiven Maßnahmen gestaltet wird.

Bei der Schaffung neuer Parkplätze, Mehrfamilienhäuser oder anderer gewerblicher Vorhaben sollen verpflichtend im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten E-Ladesäulen für PKW beschafft werden. Darüber hinaus sollen bei der Installation neuer Straßenlaternen auch E-Ladeanschlüsse vorgesehen werden.

Zudem sollen zukünftig nach Fällung eines Baumes zwei neue Bäume an gleicher oder anderer Stelle im Stadtgebiet von der Verwaltung gepflanzt werden.

Bei der zukünftigen Vergabe von städtischen Grundstücken soll die Verwaltung den Bauträgern einen Nachlass beim Grundstückspreis einräumen, wenn diese sich zu besonderen energiesparenden oder klimafreundlichen Maßnahmen verpflichten.

Herr Leson legt die Überlegungen der Verwaltung zum Antrag der CDU dar und weist daraufhin, dass die Umsetzung sich leider nicht ganz realisieren lasse.

Zu Punkt 1 berichtet Herr Leson wie folgt: Das Stromnetz befindet sich im Eigentum der SO. Nur die Stadtwerke können also Betreiber einer Ladesäule sein. Rein rechtlich dürfte die Stadt auch nicht als Betreiber auftreten und auch keine Erlöse aus dem Betrieb machen. Die Stadt kann die SO diesbezüglich zu nichts verpflichten. Die SO haben auf Nachfrage mitgeteilt, dass jede Ladesäule bisher wirtschaftlich ein Zusatzgeschäft sei. Es stelle sich mehr und mehr heraus, dass Nutzer von E-Fahrzeugen diese weniger beim (kurzen) Parken auf öffentlichen Stellplätzen laden, sondern dazu eher zu Hause eine Wall-Box installieren oder unterwegs Schnellladestationen aufsuchen, die eine hohe Ladekapazität in kurzer Zeit bereitstellen können. Die Stadt könnte natürlich versuchen, die SO gegen Kostenerstattung zur Errichtung von Ladesäulen zu bewegen. Allerdings hat der Bund das ja bereits als seine Aufgabe erkannt und beabsichtigt, zum Ausbau der Ladeinfrastruktur ein Förderprogramm aufzulegen. Die Verwaltung empfiehlt, das in jedem Fall abzuwarten. Eine Möglichkeit, private Investoren verbindlich zur Errichtung von Ladeinfrastruktur zu bewegen sieht die Verwaltung aktuell nicht. Dazu bedürfte es einer rechtlichen Ermächtigungsgrundlage (z.B. im Baurecht). Aktuell gibt es eine solche jedoch nicht. Die Koppelung einer Ladesäule an das Straßenbeleuchtungsnetz ist nicht möglich. Die Leistung, die eine Ladesäule benötigt, kann über das schwache Beleuchtungsnetz nicht bereitgestellt werden. Außerdem steht das Netz nur in der Dunkelheit unter Spannung.

In Hinsicht auf Punkt 2 des CDU-Antrages, für jeden gefälltten Baum zwei neue Bäume pflanzen zu müssen, schildert Herr Leson, eine solche Vorgehensweise sei natürlich theoretisch möglich. Die Verwaltung sehe jedoch keine Durchsetzungsfähigkeit bei der Rodung kompletter Wälder (z.B. Gassbachtal). Bei Einzelbäumen wäre eine solche Vorgehensweise denkbar. Die Verwaltung weist jedoch darauf hin, dass sich damit nicht nur die Kosten für die Anschaffung der Bäume verdoppeln, sondern auch die laufenden Kosten der Unterhaltung. Neu gepflanzte Bäume müssen regelmäßig gepflegt und v.a. in der trockenen Jahreszeit gewässert werden. Schon heute schaffe der Bauhof das nur noch mit Hilfe von zusätzlichem Personal privater Dienstleister.

Zu der Forderung unter Punkt 3 des Antrages, Anreize zum klimafreundlichen Bauen zu geben, berichtet er wie folgt: Bereits heute muss jeder Bauträger die Anforderungen der EnEV einhalten. Dies führt dazu, dass neue Wohngebäude schon heute strenge Richtwerte für Heizung, Warmwasserbereitung, Lüftung und Kühlung nicht überschreiten dürfen. Darüber hinaus werden auch ein gewisses Mindestdämmmaß sowie Anforderungen an die Dichtigkeit der Gebäudehülle auszurüsten sind, damit die Schimmelproblematik in den Griff zu bekommen ist. Entsprechend gering ist der Primärenergiebedarf eines heute neu errichteten Gebäudes. Auch das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) verpflichtet schon heute alle Bauherren dazu, einen gewissen Teil des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien (z.B. Solarkollektoren) zu decken. Da die Bundesregierung langfristig in diesem Bereich die CO<sub>2</sub>-Neutralität anstrebt, wird die EnEV regelmäßig verschärft (2009, 2014, 2016). Aktuell arbeitet der Bund daran, die EnEV, das EEWärmeG und das Energieeinsparungsgesetz zu einer neuen gesetzlichen Regelung, dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) zu verschmelzen. Diese fordert den Niedrigstenergie-Standard für Neubauten. Die genaue Definition dieses Standards steht noch aus. Schon heute ist es Bauherren möglich, beim Überschreiten der ohnehin schon hohen Mindestanforderungen Fördermittel über die KfW zu generieren. Die Verwaltung sieht es derzeit nicht als städtische Aufgabe an, über diese Förderung hinausgehende Vergünstigungen für Bauland in Form eines Preisnachlasses auf den Kaufpreis anzubieten. Ein Neubaugebiet, welches durch die Stadt erschlossen und vermarktet wird, muss sich unterm Strich als Ganzes amortisieren. Nachlässe für Einzelne müssten also durch Preisnachlässe generierte Mindererträge durch Steuermittel ausgeglichen werden. Auch dies sieht die Verwaltung kritisch, da Vorteile Einzelner über die Allgemeinheit finanziert würden.

Herr Austrup erwidert, dass ihm die Energieeinsparverordnung bekannt sei und dass die CDU das Bewusstsein schärfen wolle, über diese Punkte mehr nachzudenken. Wenn die Eigentümer neuer Immobilien mehr freiwillig zu klimafreundlichen Baumaßnahmen greifen, dann solle ein finanzieller Ausgleich durch einen geringeren Grundstückspreis gewährt werden. Herr Austrup fordert, dass die Anzahl an Bäumen verdoppelt werden sollte insbesondere über die Bepflanzung von nicht zu bebauenden Restparzellen. In der Umgebung von den Neubaugebieten könne man so einen kleinen Wald errichten, um das Kleinklima aufrechtzuerhalten.

Frau Brormann erörtert, dass man in Bezug auf die Energieeinsparung bei Neubauten auf einem guten Weg sei, allerdings seien die Altbauten problematisch.

Herr Leson stimmt Frau Brormanns Erläuterung zu.

Herr Zummersch möchte wissen, warum man die Baumschutzsatzung abgeschafft habe und dann solch einen Antrag stelle. Er fragt, wer das alles bezahlen solle und erkundigt sich, ob es Effizienzen außer bei großen Bauten gebe.

Frau Nordhues schlägt vor die Baumschutzsatzung wiedereinzuführen und betont, dass bei Fällung von Privatbäumen die Eigentümer dazu verpflichtet werden müssten zwei neue Bäume zu pflanzen, auch wenn für die neuen Bäume dann neue Standorte ausgewählt werden müssten.

Herr Austrup wendet zum Antrag der CDU ein, dass die Dokumentationen über die ausgeführten Energiestandards von Architekten erstellt werden, bevor die Häuser gebaut werden.

Herr Zummersch kritisiert, dass es keine Ermäßigung für etwas geben solle, dass man nicht kontrollieren könne.

Herr Leson stellt klar, dass eine Bauabnahme nur durchgeführt werde, wenn das Vorhaben kein freigestelltes Verfahren sei. Eine Kontrolle seitens der Verwaltung sei daher zunächst nicht möglich. Alles Besprochene bedeute einen Mehraufwand für den Haushalt. Er erinnert an die prognostizierten Zahlen im Haushaltsentwurf 2020 und fragt, wo das Geld herkommen solle, wenn man im Gegenzug nicht dazu bereit sei, auch auf der Einnahmeseite etwas zu tun.

Frau Brommann bittet die CDU den Punkt 1 abzusetzen.

Herr Austrup erwidert, dass auch über Punkt 2 abgestimmt werden solle.

Frau Mittelbach verlässt um 20:15 den Saal.

### **Beschluss:**

Die Pflanzung von zwei Bäumen nach Fällung eines Solitärbaumes wird **einstimmig** beschlossen.

Der Nachlass auf den Grundstückspreis bei gleichzeitiger Verpflichtung zu klimafreundlichen bzw. energiesparenden Maßnahmen, die über das Normalmaß hinausgehen, wird bei 7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

### **10. Antrag Bündnis 90/ Die Grünen: Klimavorbehalt für Oelde Vorlage: B 2019/610/4406**

Herr Haferkemper trägt den Antrag „Klimavorbehalt für Oelde“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Die Fraktion fordert, dass der Rat sowie die Verwaltung der Stadt Oelde zukünftige Entscheidungen grundsätzlich unter Klimavorbehalt treffen und die Variante vorziehen, die zur Erreichung der kommunalen, nationalen und internationalen Klimaziele beiträgt.

Nach reger Diskussion in der Ratssitzung vom 23.09.2019 ist mehrheitlich der Beschluss gefasst worden, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Energie zu verweisen.

Die Umsetzung könnte - wenn politisch mehrheitlich gewollt - so gestaltet werden, dass die Verwaltung im ersten Schritt klärt, wie im Falle eines Klimavorbehalts die weitere Umsetzung organisatorisch abgebildet werden kann. Hierzu gehört auch die Festlegung von Zuständigkeiten und Abläufen innerhalb der Fachdienste.

Als weiterer Schritt könnte dann, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern von Politik und Verwaltung, gebildet werden, um die konkreten Möglichkeiten zur Umsetzung des Klimavorbehalts gemeinsam zu erarbeiten, (z.B. die Festlegung von Bewertungsinstrumenten und die Definition übergeordneter qualitativer Klimaziele).

Eine Ausarbeitung nur durch die Verwaltung und ohne Teilnahme der politischen Fraktionen wird seitens der Verwaltung als nicht zielführend erachtet. Nur eine gemeinsame Erarbeitung entsprechender Kriterien und Ziele gewährleistet dann auch eine höchstmögliche Akzeptanz im Rahmen der Umsetzung.

Herr Leson erläutert, dass aus Sicht der Stadt ein Klimavorbehalt, so wie er hier beantragt worden sei, unmöglich umzusetzen wäre. Man würde ein „bürokratisches Monster“ erschaffen. Es sei schlichtweg nicht möglich, jede Entscheidung der laufenden Verwaltung unter einen solchen Vorbehalt zu stellen und dies dann auch noch entsprechend aktenkundig zu dokumentieren.

Darum schlägt er den Politikern vor außerhalb des Ausschusses einen Arbeitskreis zu bilden.

Frau Krause findet, dass ein Arbeitskreis eine gute Idee wäre.

Herr Vollenkemper lehnt den Vorschlag der Verwaltung zur Bildung eines Arbeitskreises ab und wiederholt, dass ein Klimavorbehalt ein „bürokratisches Monster“ erschaffen würde. Er ist der Meinung, dass Frau Gröne als Klimaschutzmanagerin auf den Klimavorbehalt achte und mehr Freiraum bei ihrer Arbeit benötige.

Herr Leson weist daraufhin, dass der Klimaschutz nicht nur bei Frau Gröne angesiedelt sei, der Klimaschutz würde an ganz vielen Stellen der Verwaltung stattfinden zum Beispiel im Bereich Gebäudemanagement. Frau Gröne habe ein Auge darauf.

Herr Sonneborn bekräftigt, dass man auf einem sehr guten Weg mit der Klimaschutzmanagerin sei und der Verwaltung nicht mehr Aufwand aufhalsen könne.

Frau Gröne habe auf alles ein wachsames Auge und man vertraue der Verwaltung.

Herr Soldat teilt mit, dass die Wichtigkeit des Klimaschutzes durch die heutige Tagesordnung herausgestellt werde.

Frau Brommann stellt klar, dass der Arbeitskreis als Unterstützung für Frau Gröne gemeint wäre und der Klimaschutz die ganze Verwaltung betreffen werde.

Durch einen Arbeitskreis könnten neue Angelegenheiten angesprochen werden.

Frau Nordhues teilt mit, dass neue Ideen im Arbeitskreis entwickelt werden könnten und dies eine Unterstützung für Frau Gröne sein könne.

Herr Austrup entgegnet, dass bereits schon sehr viel gemacht werde und stellt einen Antrag über die Abstimmung des Klimavorbehalts.

Herr Soldat fordert die Schüler und die Bürger zu beteiligen.

Frau Gröne erinnert daran, dass das Klimaschutzkonzept nächstes Jahr auslaufe.

Herr Leson schlägt vor diesen Zeitpunkt zu nehmen, um zu einer öffentlichen Veranstaltung einzuladen.

Frau Brommann lässt über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Bei 6 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen wird die Einführung eines Klimavorbehaltes abgelehnt.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie spricht sich abschließend **mehrheitlich** dafür aus, dass es im Frühjahr 2020 eine öffentliche Veranstaltung mit Bürgern und Politikern geben solle, um über bisher erreichte Klimaschutzziele zu berichten und die Richtung für die kommenden Jahre zu diskutieren und festzulegen.

### **11. Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Reduzierung von Plastikmüll Vorlage: M 2019/610/4407**

Frau Gröne stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beauftragt die Verwaltung, zur Vermeidung von Plastikmüll geänderte „Teilnahmebedingungen“ für den Wochenmarkt sowie für städtische Veranstaltungen (z.B. FET, HET, Streetfood Festival) zu erarbeiten, die eine möglichst umfangreiche Reduzierung von Plastiktüten, Einwegbehältern, -geschirr, -besteck und -flaschen aus Plastik zum Ziel haben.

Frau Gröne nimmt wie folgt Stellung:

Bereits heute wird bei städtischen Veranstaltungen in Zusammenhang mit Speisen und Getränken auf die Ausgabe von Einwegprodukten aus Kunststoff verzichtet. Bei innerstädtischen Veranstaltungen wie Frühlingslauf, Frühlings- und Herbsterlebniseinkaufstag, Food-Truck-Festival oder anderen Stadtfesten

unterschreiben die Anbieter von Speisen und Getränken eine Vereinbarung mit der Stadt Oelde, dass auf Einweg-Geschirr aus Kunststoff verzichtet wird. Getränke werden in Pfandgläsern ausgeschenkt. Bei Großveranstaltungen im 4-Jahreszeiten-Park wie Konzerten oder Public Viewing werden laut Auflagen der Sicherheitsbehörden Mehrweg-Getränkebecher aus Kunststoff bzw. Einwegbecher, die biologisch abbaubar sind, eingesetzt.

Für die städtischen Einrichtungen, die dauerhaft Getränke und Essen verkaufen - hierzu gehören z.B. die Kioske im Parkbad und im Jahnstadion - gibt es klare Vereinbarungen, auf Einweg-Plastik in Verbindung mit Speisen und Getränken zu verzichten.

Außerdem unterstützt die Stadt Oelde die Mehrweg-Becher-Kampagne der Entsorgungsgesellschaften der Kreise Gütersloh und Warendorf, in dem initiativ die Händler und Ausgabestellen für Kaffee-to-go angeschrieben und zum Mitmachen aufgefordert wurden.

Zur Weiterführung des Themas, sollten auch die Oelder Gastronomen, Einzel- und Markthändler aufgefordert werden, kein Einweg-Plastik-Geschirr in den Umlauf zu bringen. Dieses Ziel könnte möglicherweise durch ein gemeinsames Projekt angestoßen werden.

Herr Sonneborn erkundigt sich, wie das Spülen der Mehrweg-Becher funktioniere.

Frau Gröne erklärt, dass eine Spülmaschine vor Ort sein müsse. Derzeit könnten die Becher nur bei Großausgabestellen eingesetzt werden, da bei vielen kleinen Bäckereien keine Spülmaschinen vor Ort seien.

Herr Haferkemper sagt, dass man die Einzelhändler mitnehmen müsse.

Frau Krause wendet ein, dass es bei vielen Supermärkten Papiertüten und Netze für Gemüse gebe und man in vielen Märkten auch seine eigene Vorratsdose für Käse und Fleisch mitbringen dürfe. Sie fragt, warum auf dem Markt die Plastiktüten nicht abgeschafft werden könnten und betont, dass es teilweise auch an dem Verhalten der Kunden liegen würde, sich für oder gegen eine Plastiktüte zu entscheiden.

Herr Wilke kommt auf das Jahnstadion zu sprechen und teilt mit, dass das Jahnstadion sich in der freien Regie der Vereine befinde und fragt, ob die Stadt als Eigentümer vorschreiben könne, was die Vereine an Geschirr mitbringen dürften.

Frau Gröne antwortet, dass die Stadt das Geschirr bei städtischen Veranstaltungen vorschreiben könne aber sonst nur eine Vereinbarung mit der Stadt getroffen werden müsse.

Herr Wilke betont, dass die Stadt als Hausherr es den Vereinen vorschreiben solle.

Herr Leson sagt zu dies zu prüfen und es zur Abstimmung zu führen.

Herr Wilke fordert eine konsequente Umsetzung.

Herr Leson legt dar, dass, wenn es politisch gewollt sei, eine Durchführung erstmal getestet werden müsse.

Herr Vollenkemper weist daraufhin, dass dies ein Mehraufwand für die Vereine bedeute und die Durchführung zu weit gehe.

Herr Hellweg schlägt vor ein Spülmobil zu verwenden, mit diesem hätten schon andere Vereine gute Erfahrungen gemacht.

Herr Sonneborn entgegnet, dass dies bei Pommesschalen aus Porzellan eher schwierig sei.

Frau Gröne betont, dass es wichtig sei Plastik gegen Papier auszutauschen; somit könne z.B. die Pommesgabel aus Plastik ersetzt werden. Zudem sei es von Notwendigkeit, dass ein Umdenken stattfinde.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

## **12. Verlegung des Schadstoffsammeltages** **Vorlage: M 2019/661/4395**

Frau Sprenkelder thematisiert in ihrem Vortag, dass das mit der Schadstoffsammlung beauftragte Entsorgungsunternehmen Lönne kürzlich Gesprächsbedarf bezüglich des aktuellen Entsorgungsvertrages gegenüber der AWG geäußert hat. Dieser könne in der aktuellen Form nicht aufrechterhalten werden.

Hintergrund: Gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung aus dem Jahre 2012 wurden die Aufgaben der Sammlung und Beförderung von schadstoffhaltigen Abfällen von den im Kreis liegenden Kommunen auf den Kreis Warendorf übertragen. Der Kreis Warendorf wiederum hat die AWG mit der Abwicklung der Schadstoffsammlung beauftragt. Demnach gibt es einen Vertrag zwischen der AWG und der Entsorgungsfirma Lönne für die Sammlung und Beförderung von Schadstoffen in den im Kreis liegenden Kommunen.

Das Entsorgungsunternehmen Lönne ist kürzlich von der Bezirksregierung angemahnt worden, die Regelungen bezüglich des Arbeitszeitgesetzes und der Lenk- und Ruhezeiten Verordnung zeitnah umzusetzen. Bis zum Ende des Jahres könne man voraussichtlich das bestehende System beibehalten, aber 2020 müsse man aber entweder eine alternative Lösung finden oder aber der Vertrag müsse seitens des Entsorgungsunternehmens Lönne gekündigt werden. Dies würde bedeuten, dass kurzfristig neu ausgeschrieben werden müsste, wobei fraglich bleibt, ob andere Entsorgungsfirmen - die sich an die gleichen Bestimmungen halten müssen - die Samstage als Entsorgungstage überhaupt anbieten könnten und wenn ja, mit welcher Kostensteigerung dies verbunden wäre.

Um die Hintergründe der Problematik und mögliche Lösungsansätze zu besprechen fand am 09.Juli ein Gespräch zwischen den Kommunen, der Entsorgungsfirma Lönne und der AWG statt.

Darüber hinaus erläutert Frau Sprenkelder die Hintergründe der Problematik.

Das Arbeitszeitgesetz sieht prinzipiell eine max. Arbeitszeit von 8 Stunden je Tag vor. Diese kann unter bestimmten Bedingungen auf bis zu 10 Stunden ausgeweitet werden, 10 Stunden sind in einem Entsorgungsunternehmen wie der Firma Lönne beinahe täglich üblich.

Wird die Arbeitszeit über 12 Stunden hinaus verlängert, muss im unmittelbaren Anschluss an die Beendigung der Arbeitszeit eine Ruhezeit von mindestens 11 Stunden erfolgen. Anschließend muss in beiden Fällen ein Ausgleich für die Mehrarbeit geschaffen werden.

Um dies überhaupt gewährleisten zu können, hat die Firma Lönne bereits die Verträge mit ihren Mitarbeitern geändert und den Samstag als normalen Arbeitstag aufgenommen. Somit können Mehrstunden der vergangenen Woche auch an Samstagen ausgeglichen werden.

Zusätzlich müssen die Vorgaben der Lenk- und Ruhezeiten Verordnung eingehalten werden. Die wöchentliche Ruhezeit (Wochenende) ist mit mind. 45 Stunden festgelegt. Diese kann man in Ausnahmefällen auf 21 Stunden verkürzen. Allerdings muss die entfallene Ruhezeit am Stück und innerhalb von 3 Wochen nachgeholt werden.

Wenn ein Kraftfahrer also am Freitag, um 17:00 Uhr Feierabend hätte, dürfte er am Sonntag frühestens um 14:00 Uhr wieder fahren. Arbeitet der Kraftfahrer an einem Samstag bis 14:00 Uhr (dies ist aktuell jeden ersten Samstag im Monat allein in Oelde der Fall), kann er erst am Montag um 11:00 Uhr wieder fahren.

Hinzu kommt, dass darf der Fahrer auch nur eine max. wöchentliche Lenkzeit von 56 Stunden haben darf.

Bei der Einhaltung der Vorschriften ist das Entsorgungsunternehmen Löhne leider gezwungen die kraftfahrenden Mitarbeiter samstags (bis auf Einsätze bei Umweltschäden) freizuhalten, damit sie ihre Handlungsfähigkeit werktags erhalten können.

Im weiteren Verkauf des Vortags präsentiert Frau Sprenkelder mögliche Lösungsansätze. Der erste mögliche Lösungsansatz, fokussiert die Beibehaltung der Samstagstermine. In diesem Falle müssten die Sammelcontainer bereits am Freitag zuvor angeliefert werden. Am Sammlungstag selbst würden die Mitarbeiter des Entsorgungsunternehmens dann mit PKW zum Sammlungsort fahren, um die Annahme durchzuführen. Anschließend müsste der gefüllte Sammelcontainer über das restliche Wochenende am Sammlungsort verbleiben und anschließend zu Beginn der Woche wieder abgeholt werden.

Dies stellt nicht nur einen erheblichen Mehraufwand an Containern und Anfahrten für die Lieferung und Abholung der Container dar, sondern ist auch mit einer erheblichen Kostensteigerung verbunden. Zudem müsste viel mehr Personal bereitgestellt werden, welches aber erst noch eingestellt werden müsste. Aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation, besonders im Bereich Abfall, wird dies aber schwer zu realisieren sein.

Zudem müssten bauliche Veränderungen an den Sammlungsorten stattfinden, sodass es möglich ist die Sammlungscontainer angemessen einzuschließen, da dort Schadstoffe gelagert werden würden. Dies ist aber auch nur bei einem Teil der jetzigen Sammlungsorte möglich und mit einem Kostenaufwand verbunden, da einige der Sammlungsorte auch anderweitig genutzt werden.

Der zweite Lösungsansatz beinhaltet eine Verlegung der Samstagssammlung auf einen anderen Wochentag. In einigen Kommunen wird die Sammlung schon immer an Werktagen durchgeführt (z.B. Ahlen, Sassenberg, Sendenhorst), ohne dass hier nachweislich geringere Mengen gesammelt werden. Auch hier könnten kundenfreundliche Termine am Spätnachmittag/Abend angeboten werden.

Für Oelde bietet sich die Verlegung des Sammlungstages auf den Mittwoch an, um gemeinsam mit dem Wertstoffhof die Möglichkeit zur Entsorgung anbieten zu können. Dieser hat mittwochs in den Monaten April bis November von 13:30 Uhr bis 19 Uhr geöffnet und von Dezember bis März von 12:30 Uhr bis 18 Uhr.

An diesen Öffnungszeiten hat sich das Entsorgungsunternehmen orientiert und angeboten, eine bürgerfreundliche Sammlung an jedem ersten Mittwoch im Monat zu voraussichtlich folgenden Zeiten durchzuführen:

Wertstoffhof	14:30 Uhr – 17:00 Uhr
Lette	15:30 Uhr – 17:00 Uhr
Stromberg	17:15 Uhr – 18:45 Uhr
Sünninghausen	17:30 Uhr – 18:30 Uhr

Zusätzlich strebt die AWG an, den Bürgern aus den umliegenden Kommunen an 12 Samstagen im Jahr zusätzlich die Möglichkeit zu bieten, diverse Schadstoffe zu entsorgen, da die Sammelcontainer auf dem Gelände der AWG angemessen eingeschlossen werden können.

Die Verwaltungskonferenz hat sich am 07.10.2019 für die Verlegung des Schadstoffsammeltermins auf einen Mittwoch entschieden. Mit dieser Lösung kann eine bürgerfreundliche Alternative zur Samstagssammlung geboten werden, die bereits in anderen Kommunen geläufig ist. Zudem führt dieser Lösungsansatz nicht zu einer Erhöhung der Abfallgebühren, wie es bei der alternativen Lösung der Fall wäre.

Herr Leson ergänzt, dass wenn es gar nicht anders gehe, die Bürger an Samstagen nach Ennigerloh fahren könnten.



**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt die Verlegung des Schadstoffsammeltages zur Kenntnis.

**13. Vorstellung der 7. Fortschreibung des Energieberichtes der Stadt Oelde für das Jahr 2018**

**Vorlage: M 2019/012/4374**

Herr Langer stellt die Ergebnisse der 7. Fortschreibung des städtischen Energieberichtes für das Jahr 2018 von der Stadt Oelde vor.

Herr Austrup erkundigt sich danach, warum der durch die Pelletheizung erzeugte Wärmeanteil im Verhältnis zum Gesamtwärmebedarf am Thomas-Morus-Gymnasium nur relativ gering ist.

Herr Langer antwortet, dass im Rahmen der geförderten energetischen Sanierung nur der Gebäudebereich der Sporthalle und Gymnastikhalle isoliert betrachtet und saniert wurde, es war die Fördervoraussetzung einer 80% CO<sub>2</sub> Einsparung für diesen Gebäudebereich zu realisieren und die dort installierte Pelletheizung wurde hierfür entsprechend dimensioniert. Bei einer Investitionssumme von 600.000 Euro wurden 200.000 Euro Fördermittel bewilligt. Eine auf das gesamte Objekt bezogene Pelletanlage hätte u.a. auch in Anbetracht der geringen Platzverhältnisse am TMG zu logistischen Problemen bei Lagerung und Anlieferung der Pellets geführt.

Herr Hellweg gibt zu bedenken, dass der Kauf von Ökostrom im Vergleich zu „normalen“ Strom erheblich teurer sei, physisch jedoch der gleiche Strom vor Ort verbraucht wird. Deshalb spiele es keine Rolle, welcher Strom gekauft werde.

Herr Langer erklärt, dass vor diesem Hintergrund als zusätzliche Anforderung bei der Ausschreibung eine ergänzende Neuanlagenquote gefordert wurde. Hierdurch entstehen indirekt Marktanreize, so dass regenerative Kraftwerke eine bessere Wirtschaftlichkeit erreichen und daher Kraftwerkskapazitäten mit erneuerbaren Energien ausgebaut werden.

Herr Leson unterstützt die Erklärung von Herrn Langer, indem er darlegt, dass durch eine größere Nachfrage nach Ökostrom mehr klimaneutrale Kraftwerkskapazitäten errichtet werden. Der Markt regelt Angebot und Nachfrage.

Herr Langer berichtet, dass der CO<sub>2</sub> Ausstoß aller Abnahmestellen der Stadt Oelde in Summe im Verhältnis zum Jahr 2010 um insgesamt 55% reduziert werden konnte. Überwiegend ist dies auf den Bezug von Ökostrom zurückzuführen.

Der Ausstoß ging von 4.500 t im Jahr 2010 auf 1.886 t im Jahr 2018 zurück.

Frau Brommann stellt fest, dass der Wasserverbrauch insbesondere im Bereich des Jahnstadions stark angestiegen sei.

Herr Langer erörtert, dass dies im letzten Jahr einerseits auf den trockenen Sommer zurückzuführen ist, aber andererseits auch an dem dortigen, vor Spielbeginn zu wässernden, Kunstrasenplatz liegt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt Kenntnis.

**14. Beschlussempfehlung zur Beschaffung von Ökostrom für den Lieferzeitraum 2021 - 2023**  
**Vorlage: B 2019/012/4393**

Herr Langer berichtet, dass im Jahr 2017 eine europaweite Ausschreibung der Energiemenge für den Lieferzeitraum 2018 -2020 durchgeführt wurde. Erstmals wurde hierbei eine reine Ökostrombeschaffung mit einer ergänzenden Neuanlagenquote durchgeführt.

Im Frühjahr 2020 steht die erneute Ausschreibung der Strom- und Erdgasmenge für den Lieferzeitraum 2021 bis 2023 an.

Die Bundesregierung plant, im aktuellen Klimaschutzgesetz eine stufenweise steigende Bepreisung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einzuführen. Es ist daher angeraten, auch bei der erneuten Strombeschaffung 100% Ökostrom als Bedingung in die Ausschreibung aufzunehmen.

Ab dem Jahr 2021 soll die CO<sub>2</sub>-Abgabe mit 10,00 Euro/t beginnen und in den Folgejahren stufenweise ansteigen. Der Erdgaspreis wird daher künftig stark steigen.

Durch die geplante gleichzeitige Reduzierung der Stromsteuer könnte sich hier insgesamt eine Entlastungswirkung ergeben (Senkung um bis zu 2 Ct/Kw/h wird diskutiert = 84.000 Euro), sofern ein CO<sub>2</sub> neutrales Stromprodukt bezogen wird.

Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach Ökostromprodukten die börsengehandelten Strompreise entwickeln und ob es im Saldo tatsächlich zu einer Entlastung beim Strompreis kommen wird, der die Mehrkosten beim Erdgas zumindest teilweise ausgleichen kann.

Herr Kohaus möchte wissen, wie sich dies auf den CO<sub>2</sub> Ausstoß auswirkt.

Herr Langer erklärt, dass bilanztechnisch ca. 1.870 Tonnen/CO<sub>2</sub> jährlich eingespart werden können.

Herr Austrup schlägt vor, direkt regionalen Ökostrom einzukaufen.

Herr Langer erläutert, dass eine Ausschreibung aufgrund der Auftragssumme vergaberechtlich erforderlich ist. Alle Abnahmestellen direkt zu beliefern, ist nicht möglich, da für die Belieferung mit Strom immer das vorgelagerte Netz benötigt wird und somit alle Netzentgelte und Abgaben anfallen. Um möglichst günstige Einkaufspreise zu realisieren und ein transparentes Vergabeverfahren durchzuführen, erfolgt der Einkauf über eine online Auktion zu den Marktbedingungen am Einkaufstichtag über die Energiebörse. Das Auftragsvolumen für Strom und Erdgas beträgt ca. 3,6 Mio. Euro für drei Jahre.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie beschließt **einstimmig**, die Beschaffung von Ökostrom für den Lieferzeitraum 2021-2023.

## **15. Verschiedenes**

### **15.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Gröne berichtet über den Hochwasserschutz der Stadt Oelde und stellt im Rahmen dessen den Zwischenbericht zur Umsetzung vor. Des Weiteren informiert sie über den Stadtputztag 2020, über die Kampagne „Kreisweites Stadtradeln“ und den Klimaschutzpreis.

### **15.2. Anfragen an die Verwaltung**

Herr Wilke möchte wissen, ob es möglich ist den Containerstandort am Weitkampweg zu verlegen oder eine Kamera oder einen Dummy zu installieren, um der Vermüllung entgegenzuwirken.

Herr Leson antwortet, dass aus Sicht des Datenschutzbeauftragten dies nicht gehen würde, vor allem nicht mit einer echten Kamera.

Herr Wilke schildert, dass die Stadt Köln eine Müllpolizei ausgestattet mit einer Kamera einsetze und erläutert, dass irgendetwas möglich sein müsse, denn die Vermüllung bedeute schließlich einen Schaden für die Stadt Oelde.

Herr Hellweg wendet ein, dass die Ablage von illegalen Müll an einem Containerstandort besser sei als im Wald.

Frau Nordhues spricht an, dass ihr die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung wichtig sei und fragt, wer den Antrag stellen könne und wo der Antrag zu stellen sei.

Herr Leson informiert, dass jeder Bürger von Oelde den Antrag einreichen könne. Als politische Partei könne man den Antrag in den Rat einbringen und als Privatperson einen Antrag per Post oder per E-Mail stellen.

Frau Brommann verkündet die Schließung der öffentlichen Sitzung.

Marita Brommann  
Vorsitzende

Lea Austermann  
Schriftführerin